



# DER FREIHEITSKÄMPFER

## Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

34. JAHRGANG

SEPTEMBER 1962

NUMMER 3

### Terrorzone in Österreich

## Rechtsextremisten und Neonazis

Eine Terrorzelle hat Österreich — die gepriesene Insel der Seligen — erfaßt und veranlaßt bereits auch verantwortungsbehaftete Spitzenpolitiker zu einer klaren Stellungnahme über ausreichenden gesetzlichen Schutz der Demokratie und der inneren Sicherheit. Eine Reform des Parteiengesetzes und Verbotsnormen gegenüber bestehenden Parteien mit rechtsextremistischen Tendenzen und neonazistischen Aktionen sind Diskussionsthemen.

Rechtsextremisten und Neonazis im Inland und unerwünschte Gäste aus anderen Regionen sind trotz ihrer geringen Zahl mit Schmieraktionen und Streuzettel juden- und ausländerfeindlichen Inhalts auffallend aktiv geworden und verüben auch schwerkriminelle Sprengstoffattentate auf jüdische Objekte in verschiedenen Städten Österreichs. Fanatisierte Moslems verschiedener Bekenntnisse aus dem Nahen und Mittleren Osten verlegen den orientalischen Nebenkriegsschauplatz in unser sonst friedliches und ausdrücklich neutral erklärtes Vaterland und ihr Gastland. Auch Linksextremisten des Kontinents und sogar von Übersee her sehen in unserem Lande geeignete und anzapfbare Finanzierungsquellen und einen sicheren Stützpunkt und Hort. Wenn sich Österreich wirklich als Nährboden für solche Extremisten aus aller Welt darstellt und bestätigt, müssen sich Bevölkerung, die politischen Parteien und vor allem die führenden Politiker und Staatsfunktionäre ernsthafte Fragen stellen, ob unser hochentwickeltes demokratisches System

und unsere Rechtsordnung überhaupt genug Vorsorge getroffen haben und die Abwehr und Ausweitung solcher Störungen der inneren Ruhe und Sicherheit genügend beobachten und beachten.

Namens der ÖVP hat Bundesparteiobmann-Stellvertreter und Wiener Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK am 12. August 1962 deutliche Erklärungen hiezu abgegeben. Die ÖVP lehne Rechts- und Linksextremismus gleichermaßen scharf ab und sehe bei Gewalt- und Terroraktionen ausreichende gesetzliche Möglichkeiten, die Verbrechen zu verfolgen und zu bestrafen.

Wie ist nun die Rechtslage? Das **Parteiengesetz** vom 2. Juli 1975 als Verfassungsnorm besagt im § 1: „Die Existenz und Vielfalt politischer Parteien sind wesentliche Bestandteile der demokratischen Ordnung der Republik Österreich. Zu den Aufgaben der politischen Parteien gehört die Mitwirkung an der politischen Willensbildung.“ Das **NS-Gesetz 1947** ist gleichrangiges Bundesverfassungsgesetz,

dessen §§ 3 a bis 3 g in voller Geltung stehen. Rigorose Strafen sind angedroht wegen jeder NS-Wiederbetätigung. Der **Staatsvertrag 1955** verpflichtet Österreich im Artikel 9 und 10 zu strengen Maßnahmen gegen nazistische Tätigkeit. Das allgemeine **Strafgesetzbuch 1974** sieht ausreichende Strafen und Maßnahmen gegen Rechtsbrecher vor und verschiedene Verwaltungsgesetze, auch jüngeren Datums, wie das **Abzeichengesetz 1960** mit der Novelle 1960, eignen sich zur Ahndung geringerer und nicht zu gravierender Aktivitäten äußerst rechter Randgruppen.

Bei Respektierung aller demokratischen Rechte und Freiheiten unserer Bürger darf künftighin keine Gefahr und Aktion politischer Extremisten im Lande vermindert und verharmlost werden. Wer auch nur als Einzeltäter oder sonst mit anderen Komplizen gemeinsam Unruhe oder gar Furcht in der Bevölkerung durch politischen Terror und durch Gewalttätigkeiten verursacht oder auch nur anstrebt, soll eine wachsame Sicherheitsbehörde beobachtet, vorbeugend, entdeckend und repressiv kennen lernen und die Folgen seines Handelns auch empfindlich und abschreckend zu spüren bekommen!

## Demokratieverständnis

Die politisch interessierte Bevölkerung und die Mandatäre und Funktionäre in den Institutionen scheinen getrennte und oft auch entgegengesetzte Wege zu gehen. Teile der engagierten Bevölkerung mittrauen offensichtlich dem parteipolitischen Machtapparat und den, die beherrschenden Politikern, sie fühlen sich unbeachtet,

übergangen, hilflos und ausgeliefert. Eine solche Mentalität bildet einen gefährlichen Nährboden für radikale Strömungen und Bewegungen und soll nicht lässig auszuwachen und gedeihen dürfen. Eine andere und bessere Politik soll der Öffentlichkeit präsentiert werden und auch ohne besondere politische Schulung oder Erfah-

rung durchschaubar und verständlich erscheinen!

Das innenpolitische Klima verschlechtert sich zusehends durch einen unfairen Stil dem Andersdenkenden oder dem Gegner überhaupt gegenüber. Ehrlich gemeinte und positive Anregungen und Vorschläge der anderen Seite oder von außen her können nicht immer ignoriert oder gar abgekanzelt werden, als wäre man allein mit dem Charisma der Unfehlbarkeit, des Wohlmeinens und der weisen und weiten Vorhersehbarkeit ausgestattet. Den ein Problem am meisten drückt, der wird seine Vorstellungen und Verbesserungswünsche auch unbesorgt vorbringen dürfen und auch am besten artikulieren können! Ob, wann und wie weit eine Berücksichtigung oder Erfüllung möglich sein wird, ist von den besser informierten Berufenen und angereicherteren Organen und Organwaltern zu prüfen, zu erwägen und zu beantworten!

Die Mehrheit in der Demokratie hat auch berechtigte Interessen der Minderheit zu wahren und einen möglichst breiten Konsens zu suchen. Das Gemeinwohl und die finanzielle Tragbarkeit sind die maßgebenden Fakto-

ren. Die politische Entscheidung ist sorgsam vorzubereiten und kann erst dann getroffen werden, wenn sie notwendig und vertretbar ist. Ein Machtwort zu sprechen verlangt schon eine gerechtfertigte Gewissensentscheidung hohen Grades!

Die pluralistische Demokratie erlaubt doch viele politische Meinungen und soll auch manchmal unmittelbaren Einfluß der mündigen Wähler auf die politische Willensbildung außerhalb von Wahlen in die Vertretungskörper des Bundes, der Länder und Gemeinden ermöglichen. Beim Aufruf zu einem Volksbegehren auf Bundesebene kann ein verantwortungsbewußter Politiker nicht so reagieren: „Geht nicht hin!“ Die Unterstützung des Volksbegehrens zum Schutz des kelmenden Lebens von fast einer Million Bürger oder des Volksbegehrens gegen den Bau des Kagraner Konferenzzentrums durch über 1,3 Millionen Wähler kann man nicht übergehen, ohne ungläubig-würdig zu erscheinen! Das Unbehagen an der Politik, das Mißtrauen zu den Politikern soll schwinden und die so gerühmte österreichische Demokratie soll weitere Fortschritte zeigen!

Ersuchens hinzu. Schon der bloße Anschein einer einseitigen Sympathie oder Voreingenommenheit verwickelt die Eignung zum objektiven Vermittler, schadet unwürdig dem Ansehen Österreichs und es verbietet sich daher jede weitere direkte Einmischung! Unsere sonst so erfahrenen Politiker sollen sich in der Außenpolitik als weise Staatsmänner zeigen und beherrschen!

## Staatsidee und Nationalbewußtsein

Der österreichische Staatsgedanke führte schon vor Jahrhunderten zu Gründungen einer Donaumonarchie von verschiedenen Herrscherhäusern aus und machte Geschichte. Bedeutender Vorläufer war Przemysl Ottokar II. von Böhmen, auch Reichsfürst, der 1262 das Erbe der Babenberger ererbte und die Alpen- und Südentländer vereinigen konnte. Später schloß Herzog Rudolf IV. der Stifter, ein Habsburger, 1362 den Erbvertrag mit Ludwig I. von Ungarn und auch mit Kaiser Karl IV. in Brünn, gelangte aber nicht ans Ziel. 1437 vermählte sich Albrecht V. von Österreich mit der Erbtochter Elisabeth des Kaisers Sigismund, dem König von Ungarn und Böhmen, und vereinigte die Donauländer erstmals bis zu seinem Tode. 1485 eroberte Matthias Corvinus Teile Ostösterreichs und versuchte die Gründung einer Donaumonarchie von Ungarn aus. Erst die Habsburger erreichten 1526 das Ziel durch die wechselseitigen Erbverträge mit dem ungarischen Königshaus.

Das Ende des Ersten Weltkrieges 1918 führte zum Zusammenbruch der k. u. k. Doppelmonarchie Österreich-Ungarn, was nach dem Zerfall übrigblieb, war Österreich und nur wenige gaben der jungen Republik Chancen für ihre Unabhängigkeit und Existenzfähigkeit. Der Anschluß an das demokratische Deutschland erschien vielen als die einzige Lösung der wirtschaftlichen Not, war aber durch den Vertrag von St. Germain unzulässig. Eine kurzzeitige wirtschaftliche Stabilisierung unterbrachen Bankenzusammenbrüche und die einsetzende Weltwirtschaftskrise um 1930.

Hitlers Machtübernahme 1933 in Deutschland und der Abwehrlin gegen den in Österreich vordringenden Nationalsozialismus erweckten in großen Teilen des bürgerlichen Lagers — auch außerhalb der Legitimisten und Kaisertrauen — das Staatsbewußtsein und ein Bekenntnis zum eigenen österreichischen Vaterland in seiner besonderen kulturellen Entwicklung und Eigenart seit Jahrhun-

## Neutralität Österreichs

Im Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 anerkannten die Alliierten Mächte als Signatäre, daß Österreich als ein souveräner, unabhängiger und demokratischer Staat wiederhergestellt ist und erklärte ferner, daß sie die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit Österreichs achten werden. Eine Garantie dafür hat Österreich nicht gewünscht. Jedes andere UN-Mitglied, das sich am 8. Mai 1945 mit Deutschland im Kriegszustand befunden hatte, konnte dem Vertrag später beitreten und war dann als Assoziierte Macht anzusehen. Die CSSR und Jugoslawien erklärten noch 1955 ihren Beitritt zum Vertrag. Nach dem Abzug aller Besatzungsmächte bis zum 25. Oktober 1955 beschloß der Nationalrat am 26. Oktober 1955 das **Verfassungsgesetz über die Neutralität**: „Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen. Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen.“

Die Pflicht zur Wahrung der militärischen Neutralität hatten Regierung, Gendarmerie und junges Bundesheer bereits 1956 beim Ungarnaufstand zu üben und sie bestanden die Bewährungsproben. Der Übertritt von Bewaffneten aus Ungarn war zu verhindern gewesen, es wurden aber unbewaffnete Flüchtlinge aufgenommen und erhielten Asyl. Proteste der Sowjetunion wegen angeblicher Neutralitätsverletzung durch Österreich infolge erlaubter Stationierung westlicher Truppenteile wurden zurückgewiesen, die politische Neutralität zur militärischen deutlich abgegrenzt und auch überraschend behauptet. Als UN-Mitglied gehört Österreich zur Völkergemeinschaft, hat auch die beschlossenen Maßnahmen zur Friedenssicherung zu unterstützen und kann darüber hinaus auch unbestreitbar bei allen Friedensinitiativen zwischen Kriegführenden im Nahen und Mittleren Osten oder in Südamerika edelmütig und tatkräftig mitwirken. Diese humane Einstellung ist Ehrensache unserer Außenpolitik seit jeher. Sie darf unserer Regierung auch jetzt keine Vorwürfe einbringen. Eine unmittlere Vermittlungstätigkeit ist kritischer zu betrachten und bedarf vor allem des vollen Vertrauens beider feindlichen Parteien und auch eines Auftrages oder zumindest eines

derben im Donauraum, als die besten Deutschen in einem Vielvölkerreich! Die Annexion Österreichs im Jahre 1938, die völlige Auslöschung des Namens Österreich während der NS-Herrschaft und der gemeinsame Leidensweg der besten Österreicher brachte auch das sozialistische Lager vor der Anschlußidee ab und zum Bekenntnis zur Eigenstaatlichkeit Österreichs als eigene Nation! Die Parteiprogramme seit 1945, der gelungene gemeinsame wirtschaftliche Wiederaufbau und die weltweite Anerkennung unserer Lebensfähigkeit und un-

serer Kulturleistungen, zuletzt auch durch den Staatsvertrag 1955 und unsere sehr bewährte Neutralitätspolitik, veranlaßten die Großparteien im Parlament und die Regierung 1967 den 26. Oktober zum „Tag der Nation“ zu erklären und zu feiern. Allen echten Österreichern ist inzwischen das Verständnis des Staats- und Nationalbewußtseins zu eigen geworden. Es soll auch weitere Krisen durch gemeinsame Arbeit und Leistungen überwinden helfen! Am 26. Oktober 1962 wollen wir dies besonders bedenken und auf würdigere Art als bisher feiern!

wäre denkbar und mit einem sensiblen Gewissen durchaus vereinbar! Die mehrfach von Verleumdern der Wehrdienstverweigerung verteilte **Theorie der bloß „sozialen oder gewaltlosen Verteidigung“** im bereits militärisch okkupierten Gebiet würde niemals der „Verteidigungsdoktrin“ Genüge leisten und nie der Neutralitätserklärung entsprechen. Die militärische Verteidigung durch das Bundesheer muß erfolgen, bevor der Aggressor eindringt. Zur Frage des von Zivilisten zu leistenden „sozialen Widerstandes“ gegen nicht rechtzeitig abgewehrte und eingedrungene fremde Truppenteile kann es erst bei einer Fremdbesetzung kommen und erscheint erfahrungsgemäß wenig wirksam und überaus indiskutabel.

## Verteidigungsdoktrin und Zivildienst

Die einstimmige Entschließung des Nationalrates vom 10. Juni 1975 — die **Verteidigungsdoktrin** — nominierte im **Artikel 9a Bundes-Verfassungsgesetz (BVG)** die Hauptziele des staatlichen Handelns im Sinne der österreichischen Sicherheitspolitik und bekannte sich zur **„umfassenden Landesverteidigung“** wie folgt: „(1) Ihre Aufgabe ist es, die Unabhängigkeit nach außen sowie die Unverletzlichkeit und Einheit des Bundesgebietes zu bewahren, insbesondere zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität. Hierbei sind auch die verfassungsgemäßen Einrichtungen und ihre Handlungsfähigkeit sowie die demokratischen Freiheiten der Einwohner vor gewaltsamen Angriffen von außen zu schützen und zu verteidigen. (2) Zur umfassenden Landesverteidigung gehören die militärische, die geistige, die zivile und die wirtschaftliche Landesverteidigung. (3) Jeder männliche österreichische Staatsbürger ist wehrpflichtig. Wer aus Gewissensgründen die Erfüllung der Wehrpflicht verweigert und hievon befreit wird, hat einen Ersatzdienst zu leisten. Das Nähere bestimmen die Gesetze.“ Nach der **Verfassungsbestimmung im § 2 (1) Zivildienstgesetz 1974** sind „Wehrpflichtige ... auf ihren Antrag von der Wehrpflicht zu befreien, wenn sie es — von den Fällen der persönlichen Notwehr oder Nothilfe abgesehen — aus schwerwiegenden, glaubhaften Gewissensgründen ablehnen, Waffengewalt gegen andere Menschen anzuwenden und daher bei Leistung des Wehrdienstes in schwere Gewissensnot geraten würden; sie sind zivildienstpflichtig.“ Die **„Zivildienstgesetznovelle 1990“** brachte eine stärkere Einbindung des Zivildienstes in den Rahmen der umfassenden Landesverteidigung, klärte seinen Inhalt als „Ersatzdienst“ und nicht als Alternative, ließ aber offen, in welchen Bereichen der Zivildienst abgeleistet werden sollte. Die Verwendung der Zivildienstler könn-

te im Teilbereich „Zivile Landesverteidigung“ am zweckmäßigsten erfolgen, der bisher die Tätigkeiten „Dienst in Krankenanstalten“, „Retungswesen“, „Katastrophenhilfe und Zivilschutz“ aufzählte. Der Schutz der Bevölkerung selbst, der Schutz bedeutender Objekte und schutzwürdiger Kulturgüter, die Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen wären unter anderem zu gewährleisten. Zivildienstler sollten auch beim Bau von Schutzräumen für die Zivilbevölkerung eine sinnvolle und zielgerichtete Aufgabe finden können, vergleichbar den Einsätzen der Bauorden anderer Staaten. Jede Verwendung im humanitären Bereich

Der Verzicht von vornherein auf eine militärische Landesverteidigung und auf ein dafür vorgesehenes Bundesheer verletzt mehrere neue und beachtliche Verfassungsbestimmungen, gefährdet unsere teuer wiedergewonnene Freiheit und mißachtet die dafür von uns Österreichern gebrachten Opfer. Die Wehrpflicht und Wehrfähigkeit darf auch wirklich nur von einem ganz geringen Teil durch einen Ersatzdienst als Zivildienst abgelöst werden und es darf sich keine Begünstigung des Zivildienstlers gegenüber dem Präsenzdiener ergeben! Wir haben aus dem März 1938 und dessen viel blutigeren Folgen die Lehren zu ziehen.

Franz Haut

## Erkennen Sie die Melodie?

Es ist immer dieselbe, sie heißt Arbeitsplatzsicherung in Österreich. Die Medien, alle Parteien und auch die Bundesregierung sind sich der Bedeutung, welche der Sicherung von Arbeitsplätzen in der gegenwärtigen prekären wirtschaftlichen Situation zu kommt, bewußt. Sie alle stellen diese Überlegungen in den Vordergrund, denn sie zwingen zu einer Lösung dieses Problems, das konkret gesehen, nicht nur ein Politikum ist, sondern zu einer Problematik wurde. Dieses Problem kann nicht einseitig durch den Bau eines Konferenzentrums aus der Welt geschafft werden, obwar durch diese Bauaufführung Arbeitsplätze im engeren Raum gesichert wären. Mit diesen Geldmitteln, die für diesen Kulturpalast aufgewendet werden, könnten weit wichtigere Bauvorhaben (Adaptierungen, Neubauten, Schulen, Spitäler usw.) österreichweit zur Durchführung gelangen. Die einhellige Meinung, es müßte etwas Positives geschehen, sollte dazu führen, neue und bessere Überlegungen in organisatorischer wie in pla-

nungstechnischer Hinsicht anzustellen. Überlegungen, die den Großteil der Steuerzahler, denn es geht ja schließlich um Steuergelder, mit denen diese Bauwerke finanziert werden, etwas bringen. Der ewige Sing-Sang um die stets gleiche Melodie der Arbeitsplatzsicherung wirkt auf die Dauer ermüdend und bringt letztendlich nichts oder nicht viel. Im Sinne einer loyalen, demokratischen Staatsführung müßte es ohne weiteres möglich sein, eine korrekte Lösung zu finden, um aus diesem Dilemma überhaupt herauszukommen. Auf alle Fälle müßte ein Volksentscheid ernst genommen werden und alle betroffenen Stellen sollten sich ehrlich bemühen, zu einem Konsens zu kommen. Die steigenden Arbeitslosenziffern zeigen uns, daß im gesamten finanz- und wirtschaftspolitischen Bereich ein desolater Zustand Platz gegriffen hat, der auf die Dauer nicht mehr tragbar scheint. Es gilt heute für Österreich inflationäre Ansätze oder Bewegungen im Keim

zu ersticken, um nicht als Spitzenreiter dieser ungunstigen Auswirkungen für die Folgezeit dazustehen.

Natürlich stellt sich die Frage, was soll geschehen? Da gibt es mehrere Möglichkeiten, die zu prüfen wären.

Österreich ist ein kleines Land mit einer erheblichen Schuldenlast. Kann sich Österreich in seiner gegenwärtigen Lage überhaupt Kulturpaläste leisten; werden diese nicht heute oder morgen zu Geisterstätten wie z. B.

Zwentendorf?

Außerdem die Verschuldung Österreichs zwingt zu eisernen Sparmaßnahmen, d. h. man müßte mit dem Steuerschilling sparsamer umgehen. Planen und bauen ja, wo es einen Sinn und Zweck hat.

Wenn die Staatsbürger, die mit Verstand ausgezeichnet sind, zu einer Entscheidung gelangen, so soll diese anerkannt werden.

Auch die Regierungsmitglieder und die Parlamentarier sind vernunftbe-

gabte Menschen und da sollte es nicht vorkommen, ohne Einsicht oder Verständnis etwas zu beschließen, das letztlich zu keiner Effizienz führen wird.

Bei der Arbeitsplatzsicherung soll von folgenden Erwägungen ausgegangen werden:

a) Abbau fremder Arbeitskräfte (z. B. Krankenschwestern aus Manila).

b) Keine staatlichen Stützungsgeelder für untaugliche Betriebe, die nur eine kurzfristige Beschäftigung von Personal garantieren und dann wieder eine Geldspritze benötigen oder in den Konkurs gehen.

c) Überprüfung defizitär arbeitender Betriebe, notfalls deren Schließung.

d) Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, die ihr Produktionsvolumen vergrößern wollen und somit neue Arbeitsplätze schaffen können.



## Oberrat Mag. Dr. Josef Windisch — ein Sechziger!

Am 12. August dieses Jahres vollendete Kamekad Dr. Windisch sein 60. Lebensjahr. Die Glückwünsche und Ehrungen, die ihm aus diesem Anlaß zuteil wurden, bedeuten eine verdiente Würdigung seiner Persönlichkeit und seines Wirkens. Es fällt nicht leicht, die Fälle dieses Wirkens nachzuzeichnen und ein wirklichegetreues Bild der unerschöpflichen Aktivität und selbst Einsatzbereitschaft unseres Kameraden Windisch zu geben, stand er doch von den ersten Tagen des österreichischen Widerstandes bis heute operierend und tatkräftig im Dienste unserer guten Sache. Die Gegenwart kennt ihn als Funktionär unserer ÖVP-Kameradschaft, stellvertretenden Wiener Landesobmann bis 1981, Schriftleiter des „Freiheitskämpfers“, als Repräsentanten und Redner der ÖVP-Kameradschaft, bei offiziellen Anlässen und darüber hinaus als Vorstandsmitglied des Dokumentationsarchivs der österreichischen Widerstandsbewegung. Daß er neben all diesen Funktionen auch noch seine Aufgaben als vorbildlicher ÖVP-Funktionär, Kameradbruder, aktiver Staatsbesitzer und hausopernder Familienvater erfüllt, mag für ihn als selbstverständlich erscheinen. Erklärbar aber ist dies nur aus jenen Kraftquellen, in der die Persönlichkeit Dr. Windichs ihre Wurzeln hat. Diese Kraftquellen liegen zunächst in seinem Elternhaus. Der Vater, ein christlicher Kleingewerbetreibender, hatte inmitten einer proletarischen Umgebung, unterstützt von einer sich aufblühenden Gattin, einen harten Existenzkampf um die Erhaltung einer siebenköpfigen Familie zu führen. Die vier „Windisch-Buben“ und ihre Schwester waren alle überdurchschnittlich begabt, doch konnte in den schweren Jahren der Zwischenkriegszeit zunächst nur der älteste Sohn studieren und seinen „Doktor“ machen. Für die anderen Brüder galt es vorläufig handwerkliche Berufe zu erlernen und zum Unterhalt der Familie beizutragen. Namentlich es da wunder, daß schon der kleine „Windisch-Peppi“ seit frühesten Kindertagen, unmittelbar an der Basis, sich jenes tiefe christliche Sozialverständnis erwarb, das ihm sein ganzes Leben auszeichnete! Ein Verständnis im Geiste von Vogelzang und Leopold Kunachak und vor allem im Geiste der großen katholischen Sozial-

enzyklen „*PERUM NOVARUM*“ und „*QUAERAGIMO ANNO*“, die Begegnung mit dem Kalasantinern im Kloster in der Reingasse Wien-Penzing war da von entscheidender Bedeutung. Die Kongregation der Kalasantiner, das Werk des großen Wiener Arbeiterapostels P. Anton Maria Schwartz, scharte in diesem Proletarierbezirk Kinder und Jugendliche um sich, forderte Begabungen, erzog zu Aktivität, verburchlicher Heimatliebe, Wertschätzung jeder Arbeit und zu lebendigem Christentum. Der junge Windisch bewährte sich in vielen Organisationen der Kalasantiner und hatte gar bald Gelegenheit, seine Heimatliebe als Sturmzugskommandant des katholischen Jungvolkes im Kampf gegen die Nazipropaganda unter Beweis zu stellen. In logischer Fortsetzung dieses Kampfes trat Kamekad Windisch schon in der zweiten Märzhälfte 1938 zum Kampf um die Wiedergewinnung der österreichischen Unabhängigkeit an. Als führender Kopf der Widerstandsguppe **ÖSTERREICHISCHE FRONT** hatte er, gemeinsam mit seinen Kameraden, aktiven Anteil an illegalem Kampf gegen die Nazis. Das Kloster in der Reingasse erwies sich dabei für Penzing als wertvoller Stützpunkt.

Mit der Zerschlagung der **ÖSTERREICHISCHEN FRONT** durch die Gestapo wurde Kamekad Windisch in Haft genommen und lernte die Schwächen der Gestapogefängnisse kennen. Durch seine mutige Haltung, seine aufblühende Kameradschaft in dieser Zeit, hat er viele Menschenherzen gewonnen; die ihm bis heute in Freundschaft zugehen sind.

Nach seiner Haftentlassung mußte Kamekad Windisch einrücken und stellte sich, so bald nach seiner Heimkehr aus Krieg und Kripelgefängnis, der Österreicherischen Volkspartei und in der Folge auch als Aktivist der ersten Stunde unserer ÖVP-Kameradschaft zur Verfügung. Beruflich, zunächst im Polizeidienst stehend, erarbeitete er neben der Ausübung seiner Dienstpflichten ein abgeschlossenes Studium bis zur Spezialisierung und Promotion und begann damit eine neue Berufskarriere als leitender Staatsbeamter mit hoher Verantwortung.

Wenn wir Dr. Windisch nun nachträglich zu seinem „runden“ Geburtstag herzlich gratulieren, so verbindet wir damit den Dank für seinen unermüdeten, selbstlosen Einsatz (sichtbare Zeichen dafür sind das ihm verliehene Ehrenzeichen für die Befreiung Österreichs und andere Auszeichnungen) von gestern, heute und morgen! C. H.

## Die pseudoreligiösen Aussteiger — Information über „Jugendsekten“

Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst gab eine 36seitige Broschüre heraus und stellte darin verschiedene auch schon in Österreich agierende pseudoreligiöse Organisationen vor, die eine eminente Gefahr für die Jugend im Entwicklungsstadium und darüber hinaus für die Allgemeinheit selber bilden. Allen diesen Organisationen ist laut Broschüre gemeinsam:

- Leitung durch eine autoritäre Führerfigur,
  - Anbieten von „rettenden Rezepten“ zur Lösung aller Lebensprobleme,
  - Internationale Ausbreitung und Zusammenarbeit,
  - Verfolgung vielfach massiver wirtschaftlicher Ziele und
  - tatsächliche private Bereicherung der „Führerfigur“.
- Besonders auffällig sind bereits in Österreich tätig:
- Vereinigungskirche („Mun-Sekte“), etwa 1000 Mitglieder,
  - Scientology Kirche/Dianetics, etwa 1500 Angehörige,
  - Transzendente Meditation, rund 500 Angehörige,
  - Family of Love (ehemals „Kinder Gottes“),
  - „Bhagwan“-Bewegung,
  - Divine Light-Mission,
  - Internationale Gesellschaft für Krishna-Bewußtsein und
  - Jugendsekte Ananda Marga.
- Auf der Straße sprechen Sektenangehörige junge, labile Menschen an, die sich mit Fragen nach dem Sinn des Lebens beschäftigen und bieten diesen ein angeblich völlig sicheres „Programm“ an. Wer einmal begetriet ist, kommt schwer wieder los. „Eigene Gedanken und unabhängiges Handeln sind nicht mehr gestattet“ — heißt es

drastisch in der Aufklärungsbroschüre. Wer dennoch wieder von der Sekte aussteigen und weg will, wird oft noch durch massive Drohungen eingeschüchtert und zum Bleiben bewegt. Betroffene Eltern und Jugendliche erhalten Rat und Hilfe im Innen- und im

Unterrichtsmaterialium, in den Sicherheitsdirektionen der Bundesländer, bei den Schulpsychologischen Diensten, in den katholischen Diözesen sowie beim „Verein zur Wahrung der geistigen Freiheit“, 1011 Wien, Postfach Nr. 218.

## Männer der Ersten Republik

### Seipel und Schober

Aus dem Anlaß des 50. Todestages der beiden österreichischen Politiker im August 1982 wird die Erinnerung an die Erste Republik Österreich wachgerufen. Beide Männer waren die führenden Persönlichkeiten der bürgerlichen Parteien in den langjährigen Koalitionsregierungen und standen mit den Spitzenpersönlichkeiten des sozialdemokratischen Lagers — Dr. Karl RENNER, Dr. Robert DANNEBERG und Otto BAUER vor allem — zumindest zeitweise im Gespräch zur Sicherung der jungen Demokratie und deren weiteren Ausbau. Die innenpolitische Krise begann erst 1927 bedrohlich zu werden, wobei auch die wirtschaftliche Lage durch die Weltkrisenperiode einwirkte.

Präsident Dr. Ignaz SEIPEL war Christlich-Sozialer, in dessen Regierungszeit die Sanierung 1922 fiel und die Währungsreform 1925 folgte. Die ungefestigte Demokratie verleierte ihn zu Erwägungen über eine autoritäre Staatsführung. Sein Koalitionsangebot 1931 an die Sozialdemokraten bewies jedoch wieder seine Tendenz zur parlamentarischen Demokratie und zur gemeinsamen Ausbautätigkeit über alle Konfliktstoffe hinaus und diesen entgegen. Seine Ablehnung einer Amnestie für Aufständische im Juli 1927 hatte ihn als „Präsident ohne Milde“ zum Feinde der Arbeiterschaft erklärt und ihm unversöhnliche Feinde im sozialdemokratischen Lager geschaffen. Zu Unrecht wurde die Haßwelle in der Arbeiterschaft gegen ihn und auch gegen die Kirche von Medien und Politikern geschürt! Sein Konzept als Moraltheologe und als Sozialpolitiker verfolgte die „Seelenanierung“ der Arbeiter und Erreichung der bewußten und anerkannten Mitarbeit in den Betrieben der privaten Unternehmer mit noch auszubringendem Sozialgefühl und dem Willen zur gerechten Entlohnung des Mitarbeiters. Die objektive Forschung in der Zeitgeschichte soll sein Wirken bestätigen und würdigen!

Dr. Johannes SCHÖBER war Großdeutscher und national-liberal eingestellt. In den bürgerlichen Koalitionsregierungen der Ersten Republik war er auch als Bundeskanzler tätig. Als Polizeipräsident von Wien seit der Monarchie trat er den Machtansprüchen der bewaffneten Parteiarmeen entgegen und verhinderte vor allem die von den Heimwehren 1929 angestrebte Verfassungsreform mit dem Übergewicht der Exekutive und Zentralverwaltung. Mit DANNEBERG verhandelte er 1929 erfolgreich über die Verfassungsreform, die im wesentlichen nur zur Stärkung der Position des Bun-

## Besonderes Gedenken

### Dr. h. c. Dipl.-Ing. Leopold FIGL — 80. Geburtstag

Am 2. Oktober 1902 wurde Alt-Bundeskanzler FIGL in Rust im Tullnerfeld/NÖ geboren und hätte am 2. Oktober 1982 seinen 80. Geburtstag gefeiert. Er war NS-Opfer, beim Wiederaufbau Österreichs und an der Errichtung der heutigen Demokratie von 1945 durch 20 Jahre hindurch bis zu seinem frühen Tod am 9. Mai 1965 einer der profiliertesten ÖVP-Politiker und Staatsmänner der Nachkriegszeit. Zum Anlaß des 80. Geburtstages verdient er ein besonderes Gedenken seines Opfers während der NS-Verfolgung und seines erfolgreichen Einsatzes in der Zweiten Republik. Als Christlichsozialer und als vaterländisch gesinnter Direktor des Niederösterreichischen Bauernbundes von 1934 bis 1938 war er deklariert Gegner des Nationalsozialismus und mit der NS-Machtübernahme in Österreich am 11. März 1938 begann sein Leidensweg. Die Haft im KZ Dachau von 1938 bis 1943, im KZ Mauthausen von 1944 bis 1945 und das 1945 über ihn verhängte Todesurteil konnten ihn nicht beugen oder gar brechen. Mit Gleichgesinnten und versöhnten, neu-gewonnenen Freunden aus dem sozialdemokratischen Lager bereitete er schon in der Haft und in der kurzen Freiheit dazwischen die Wiedererrichtung der freien, unabhängigen und demokratischen Republik vor und konnte dieses Ereignis mit Gottes Hilfe auch erleben!

Mit Leopold KUNTSCHAK, Julius RAAB, Lois WEINBERGER, Felix HURDES als die Spitzenfunktionäre der am 17. April 1945 im von den Russen besetzten Wien neugegründeten ÖVP — ohne konfessionelle Bindung, bündisch-föderalistisch gegliedert, auf die Christliche Soziallehre aufbauend — tritt Leopold FIGL in die politische Öffentlichkeit, zur Zusammenarbeit mit allen Demokraten bereit, und wird bereits am 8. September 1945 nach KUNTSCHAK zum Bundesparteivorsitzenden gewählt, zugleich Spitzenkandidat der ÖVP für die Nationalratswahl. Am 25. November 1945 erreicht dann die ÖVP 85 Mandate, damit die absolute Mehrheit und die erfolgreiche Aufbauperiode als „Ära Figl“ währt bis

1953. Zuerst in einer Konzentrationsregierung der drei demokratischen Parteien und dann in einer großen Koalitionsregierung steht FIGL als Kanzler an der Spitze. Die vier Besatzungsmächte kontrollieren die Regierung zwar, anerkennen aber doch im weiten Ausmaß die Regierungstätigkeit für ganz Österreich.

In den folgenden Regierungen RAAB wirkt FIGL bis 1959 als Außenminister und unterzeichnet für Österreich den schwer erungenen Staatsvertrag 1955, der erst die endgültige Freiheit und Souveränität Österreichs bringt. Das Bild von FIGL mit den vier Außenministern der Signatarmächte auf dem Balkon des Wiener Belvedere am 15. Mai 1955 ist bis heute eines der bedeutendsten und bekanntesten Dokumente unserer Zweiten Republik.

Nach dem Ausscheiden aus der Bundesregierung bleibt FIGL als Präsident des Nationalrates weiterhin als Spitzenmandat in der Bundespolitik tätig. 1962 wird er Landeshauptmann von Niederösterreich und in dieser Funktion wird er nach langer und schwerer Krankheit am 9. Mai 1965 vom Herrgott aus dem Diesseits abberufen, betrauert von ganz Österreich. Sein Ehrengrab auf dem Wiener Zentralfriedhof und dessen ganzjähriger reicher Blumenschmuck beweisen den Dank und die Anerkennung seines sich selbst völlig aufopfernden Lebens und Wirkens für unser Österreich!

Unserer ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten gehörte Leopold FIGL als Ehrenmitglied an und war Träger unseres Ehrenringes. Wir konnten immer auf ihn rechnen und er trat für die NS-Opfer mit allen Kräften in der Gesetzgebung und in deren Vollziehung ein. Das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs von der NS-Gewaltherrschaft wurde ihm auf unsere Veranlassung posthum verliehen und seiner Witwe, Frau Hilde FIGL, am 10. Mai 1977 überreicht. Seines Opfers werden wir immer gedenken! Sein Wirken als Politiker und Staatsmann soll Vorbild für die folgenden Generationen an der Spitze sein!

despräsidenten gegenüber dem Parlament führte. Weiters wurden den Sicherheitsbehörden, unter denen auch die Bürgermeister begriffen waren, ein Verordnungsrecht auf sicherheitspolizeilichem Gebiet zugestanden. Die Bezeichnung „Arbeitermörder“ wegen der polizeilichen Niederschlagung des

Juliaufzugs 1927 zeigte von der Härte und teilweisen unversöhnlichen Gesinnung von einzelnen sozialistischen Politikern und Journalisten, die in der Arbeiterschaft eine Resonanz fand. Auch SCHÖBER soll eine späte Würdigung seines Wirkens zuteil werden!

## Unbewältigte Vergangenheit

# Krisenjahre 1927—1934

Historiker, Politologen und Publizisten befassen sich seit Jahren intensiv mit Untersuchungen über die Ursachen des vergifteten politischen Klimas in der Ersten Republik und über die zurechenbare Schuld am Scheitern der noch jungen und ungefestigten parlamentarischen Demokratie in Österreich. Emotionsgeladene Äußerungen alter Spitzenpolitiker über die blutigen Kämpfe im Februar 1934 reißten kaum vernarbte Wunden bei damaligen Aktivisten auf und Angehörige späterer Generationen stellen berechtigter Fragen darüber. Eine vergleichbare Situation hinsichtlich Kulturkampf, fanatisierter Massen und bewaffneter Parteiarmeen kann heute in einer wirtschaftlich viel stabileren Epoche nur schwerlich behauptet werden und solche Krisenzeiten sollen auch nie wieder unter Bürgern eines gesunden pluralistischen Gemeinwesens herbeibesprochen werden! Ein Rückblick auf verlässliche Quellen und Zeugen der Zeit ist daher erforderlich.

Die junge Republik Österreich hatte bis 1925 ihre Grenzen zu sichern, ihre wirtschaftliche Lage zu festigen und die Währungsreform durchzuführen gehabt, eine hohe Arbeitslosigkeit und viel Elend in den Familien bestand weiterhin. Verantwortungsbeußte Spitzenpolitiker des sozialdemokratischen und des bürgerlichen (Christlich-Soziale, Konservative, Legitimisten, Nationale und Großdeutsche) Lagers andererseits fanden immer Kompromißlösungen, die oft erst auch von der Ebene und vom Völkerbund gebilligt werden mußten. In parteipolitischer Hinsicht wollten die Spitzenfunktionäre des bürgerlichen Lagers in einer Koalitionsregierung den „**Revolutionsschult**“ auf legalen und administrativen Wege beseitigen, was genug aufreizend klang. Radikale Parteigänger beider großen Lager bereiteten den Konsenspolitikern große Schwierigkeiten und heizten in Krisensituationen, vor allem im Kulturkampf zwischen Freidenkern und „**Klerikalen**“, die Stimmung an. Richtige große Parteiarmeen hatten sogar einver-

nemlich aus Militärdepots der Monarchie Waffen zur Verfügung und machten ihre Machtansprüche in Demonstrationen und Gegendemonstrationen geltend, wobei es wiederholt zu blutigen Zusammenstößen und Überfällen kam.

Das von Otto Bauer erstellte sozialdemokratische Parteiprogramm von Linz im Herbst 1926 ist das klassische Dokument des Austromarxismus, der die marxistische Gesellschaftsordnung nach den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie auf dem Verfassungsweg durchzusetzen will. Es enthält zwei Passagen in defensiver Bedeutung, die vom Bürgertum als Gewaltandrohung aufgefaßt wurden oder den Vorward für radikale Töne lieferten. Die „**Bürgerkriegspassage**“ lautete: „Wenn es aber trotz allen diesen Anstrengungen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei einer Gegenrevolution der Bourgeoisie gelänge, die Demokratie zu sprengen, dann könnte die Arbeiterklasse die Staatsmacht nur noch im Bürgerkrieg erobern.“ Die „**Diktaturpassage**“ lautete: „Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächtigen widersetzen sollte, dann wird die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.“

Die Christlich-Sozialen antworteten darauf mit einem neuen Parteiprogramm und die Positionen für die künftigen parteipolitischen Konflikte zeichneten sich deutlich ab. Als bei einem Zusammenstoß von Frontkämpfern mit Schutzbündlern im burgenländischen Schattendorf am 30. Jänner 1927 ein Invalide und ein Kind durch Schüsse ums Leben kamen, verschlechterte sich das innenpolitische Klima noch mehr. Im Wiener Geschworenengericht vom 5. bis 14. Juli darauf wurden die geständigen Frontkämpfer überraschend auch von der

Notwehrüberschreitung freigesprochen. Ein Artikel der „**Arbeiter-Zeitung**“ am nächsten Tag sowie Entwürfe über diesen Freispruch lösten einen großen Demonstrationszug von Arbeitern auf der Ringstraße aus. Der Justizpalast als Symbol der Gerichtsbarkeit wurde in der Folge in Brand gesteckt und alle Mäßigungsversuche an Ort und Stelle durch Bürgermeister Seitz und andere sozialdemokratische Funktionäre mißlingen. Polizei und Bundesheer schlugen die Unruhen nieder, wonach bei den Demonstranten 81 Tote und 253 Verwundete und bei der Exekutive 5 Tote und 519 Verwundete gezählt wurden. Bundeskanzler Seipels Erklärung zum Schießbefehl lautete im Parlament: „Verlangen Sie nichts vom Parlament und der Regierung, das den Opfern und den Schuldigen in den Unglückstagen gegenüber milde erscheint, aber grausam wäre gegenüber der verwundeten Republik.“ Die Periode der innenpolitischen Scheinruhe war am 15. Juli 1927 beendet. Der „**Prälat ohne Milde**“ war ein Haßobjekt vieler Arbeiter.

Die rechtsgerichteten Heimwehren und Heimatschützer konnten nach dem Vorbild des italienischen Fascio unter Mussolini und mit dessen finanzieller Unterstützung zu größerer Aktivität übergehen. Der Kampf um die Straße mit dem Republikanischen Schutzbund begann jetzt. Ein Heimwehraufmarsch 1928 in Wiener Neustadt und eine Gegenkundgebung des Schutzbundes konnten von der Exekutive aneinander vorbeigeleitet werden und ein Zusammenstoß unterließ.

Der Einfluß der Heimwehren auf die Regierung wuchs ständig und ihre Unterstützung war der Regierung auch erwünscht. Eine angestrebte Verfassungsänderung 1929 im Sinne der Heimwehren mit der Stärkung der Exekutive kam nicht zustande. Die keineswegs homogen gewachsene Heimwehrebewegung in den Bundesländern wies einen christlich-sozialen Flügel neben einem großdeutsch-nationalistischen auf, denen aber antiparlamentarische und antimarxistische Tendenzen gemeinsam waren. Im Unklar überlieferten „**Korneuburger Eid**“ vom 18. Mai 1930 fand der Austroschismus als gemeinsame Ideologie seine deutliche Ausprägung: „Wir werfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und Parteienstaat! Wir wollen an seine Stelle die Selbsterwaltung der Stände setzen!“ Diese Programmierung und Neuorientierung stieß bei Christlichsozialen und Großdeutschen, selbst bei Heimwehren auf Widerstand. Am 13. September 1931 konnte ein Putschversuch der Heimwehren unter Pfirmer in der Steiermark niedergeschlagen werden und Starhemberg übernahm

kurz darauf die Funktion eines Bundesführers der Heimwehren.

Die Bildung einer Koalitionsregierung innerhalb des zersplitterten bürgerlichen Lagers nach Vaugin mißlingt Seipel 1931 und auch sein Koalitionsangebot an die mandatsstärksten Sozialdemokraten blieb ohne Erfolg. Die nachfolgende Regierung Buresch kam auch nicht weiter, die verschiedenen Landtagswahlen brachten der bislang unbedeutenden NSDAP einen Stimmenanstieg und die Zusammensetzung des 1930 gewählten Parlaments entsprach nicht mehr den politischen Gegebenheiten. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Auflösung des Parlaments und um Neuwahlen, unterstützt von den Großdeutschen und dem Heimatblock (christlichsoziale Heimwehren), erhielt nicht die Zustimmung der Christlich-Sozialen aus Angst vor Neuwahlen. Erst Dollfuß gelang die Bildung einer Mehrheitsregierung mit einer einzigen Stimme Mehrheit. Das Parlament raffinierte so die Lausener Anleihe und unterband damit erneut die Anschließendenz an Deutschland.

Am 4. März 1933 im Parlament führten Differenzen über die Stimmenzählung bei einer Abstimmung zum Rücktritt aller drei Präsidenten des Nationalrates, die Regierung bezeichnete dies als „Selbstausschaltung“ des gesetzgebenden Organs und ließ auch nicht das Zusammentreten des Nationalrates am 15. März, einberufen durch den dritten Präsidenten, zu. Der Bundespräsident machte von seinem verfassungsmäßigen Recht auf Auflösung des nichtarbeitsfähigen Nationalrates und auf die Ausschreibung von Neuwahlen keinen Gebrauch. Die Regierung Dollfuß wollte die Zustimmung der Sozialdemokraten für Verfassungsbestimmungen auf berufsständischer Basis erreichen und übernahm vorerst nur vorläufig die gesetzgebende Funktion auf Grund des noch geltenden „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“. Der Republikanische Schutzbund wurde von der Regierung am 30. März 1933 verboten und aufgelöst, die NSDAP später am 19. Juni 1933. Die Intensität der Regierung nach links und rechts war auffallend ungleich.

Der Parteitag der Christlich-Sozialen vom 6. und 7. Mai 1933 forderte schon den Einbau von berufsständischen Körperschaften in die Verfassung, mit einem Gesetzgebungsrecht in Wirtschaftsangelegenheiten. Hitlers Machtübernahme in Deutschland, Mussolinis Drängen, ein Rom-Besuch des Bundeskanzlers, Heimwehraufmärsche, aufkommende Konservative und Monarchisten und das päpstliche Sozialrundschreiben „Quadragesimo Anno“ von 1931 bewirkten eine grundlegende Kursänderung der Regierung.

Dollfuß verkündete am 19. Mai 1933 in den Wiener Sofiensälen: „Wir werden die neue Verfassung auf neue Grundlagen aufbauen.“ Er distanzierte sich bereits am nächsten Tag von der christlich-sozialen Partei und gründete am 20. Mai 1933 die „**Vaterländische Front**“ (VF) als gedachte Volksbewegung statt der politischen Parteien. Am 11. September 1933 auf dem Trabrennplatz verkündete Dollfuß bereits die Grundzüge einer völlig neuen Verfassung: ein sozialer, christlicher, deutscher Bundesstaat Österreich, Österreich, auf ständischer Grundlage und mit starker autoritärer Führung. Der opponierende Parteilager der Christlich-Sozialen Carl Vaugin wurde am 20. September 1933 einfach ausgetrieben und bei einer Regierungsbildung traten Heimwehrfunktionäre an Stelle der Landbündler. Im Jänner 1934 war der italienische Unterstaatssekretär Suvich in Wien und drängte die Regierung auf Aktionen gegen die Sozialdemokratie, als die Gegenleistung für den Schutz Mussolinis gegen Ansprüche Deutschlands und der Nationalsozialisten in Österreich selbst. Der christlichsoziale Wiener Gemeinderat Leopold Kunschak, ehemaliger Parteibeamter und Konsenspolitiker, warnte am 9. Februar 1934 öffentlich vor dem Kurs des Bundeskanzlers und forderte eindringlich auf, es nicht zum totalen Bruch kommen zu lassen. Die Heimwehr hielt am 11. Februar 1934 eine Großkundgebung in Langenzersdorf bei Wien ab und Major Fey kündigte dort an: „Wir werden morgen an die Arbeit gehen und ganze Arbeit leisten für unser Vaterland.“ Die blutige und unfröhliche Auseinandersetzung der beiden Lager war unausbleiblich geworden.

Am 12. Februar 1934 führten Polizei und Heimwehr eine Waffensuche im Linzer Arbeiterheim, dem früheren „Hotel Schiff“, durch und stießen auf bewaffneten Widerstand des Schutzbundes unter Bernaschek. Ein Aufruf zum Generalstreik und Aufstände in österreichischen Industriegebieten folgten. Besonders Wiener Gemeindebauten bewiesen sich als strategisch geplante Bürgerkriegsstellungen im Neben Zweck, in denen sich der Schutzbund verbarmikadieren und wichtige Punkte der Stadt einsehen konnte. Mit Artillerieeinsatz eroberten Bundesheer, Polizei und Schutzkorps diese Bastionen bis zum 15. Februar. Den massiven Waffeneinsatz auf beiden Seiten verdeutlichten die Verluste: Die Exekutive verzeichnete 128 Tote und 429 Verwundete, der Schutzbund 137 Tote und 399 Verwundete, standrechtlich wurden noch 9 Todesurteile verhängt und auch vollstreckt. Es waren zweifelsfrei vermeidbare Blutopfer von österreichischen

Bürgern im Kampfe um ein besseres Österreich!

Die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei und die Vermögensziehung folgten am 16. Februar 1934. Die Sozialdemokraten gingen in den Untergrund oder emigrierten, viele wurden im Konzentrationslager Wöllersdorf angehalten. Mit den „**Römisches Protokolle**“ vom 17. März 1934 zwischen Italien, Ungarn und Österreich sollte die staatliche Unabhängigkeit Österreichs gegen Hitlerdeutschland gesichert werden. Am 1. Mai proklamierte die Regierung den „**Ständestaat**“ und setzte mit einer Verordnung die „**Maiverfassung 1934**“ in Kraft. Österreich war nun in drei unerböhnliche Lager gespalten. Die Nationalsozialisten drangen immer mehr in die Institutionen des Ständestaates ein und die NS-Machtübernahme mit Hilfe von außen am 11. März 1938 führte das tragische Ende des innenpolitischen Konfliktes mit drastischen Folgen für beide demokratischen Lager und Bürger Österreichs herbei.

Infolge der offensichtlichen Fehlleistungen von Politikern der Ersten Republik, der verärberten und mißlingenden Versuche einer gedeihlichen Zusammenarbeit und der Intoleranz zueinander konnte die gegenwärtige ernsthafte Forschung wirklich nur auf eine **gemeinsame oder geteilte Schuld** unbestimmter Relation von Sozialisten und dem Regierungslager schließen. Die überwiegende Mehrheit der Politiker, die sich so feindlich gegenüberstanden hatten zum Schaden der Demokratie und der Bürger, hatte dies bereits während der NS-Verfolgung erkannt und sich im „Geist der Lagerstraße“ versöhnt und belehrt nach 1945 die Wiederrichtung der freien, unabhängigen und demokratischen Republik Österreich und den erfolgreichen Wiederaufbau des Staates gemeinsam durchgeführt! Die Lehren aus dieser unruhlichen Krisenzeit unserer Innenpolitik sollen auch weiterhin beachtet werden und rechtzeitig mahnen! Niemand vergessen!

Dr. Josef Windisch

#### An die Leser des „Freiheitskämpfer“!

Wenn Sie an parapsychologischen Problemen (Metaphysik, Psychotherapie, Levitation, Präkognition) interessiert sind oder von den Wunderheilern auf den Philippinen etwas wissen wollen, dann schreiben Sie uns! Sie erhalten gerne unerbittlich und kostenlos Mittelungsblätter zugesandt.

Zuschriften sind zu richten an die Wissenschaftliche Parapsychologie, Sekretariat, 1080 Wien, Josefstadt Straße 81/II, Tel. 42 98 353.

## Buchbesprechung

## Parteien in Österreich — ihre Geschichte — ihre Ideologie

Leopold-Figi-Institut für Erwachsenenbildung und Gesellschaftspolitik — Autor: Magister Paul WINDISCH — Alle: 1070 Wien, Neubaugasse 25 — Druck: Eigenvervielfältigung — Broschüre, 158 Seiten, Preis S 70,—, Mai 1981.

Das Institut hat sich die gesellschaftspolitische Grundlagenforschung zwecks besserem Verständnis von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als eines seiner vorrangigen Ziele vorgegeben. Weil das „Leopold-Figi-Institut“ politisch ungebunden ist, sieht es sich in der Lage, unvoreingenommen von parteipolitischen Sachzwängen an diese Thematik heranzugehen. Als erste Publikation ist diese kurzgefaßte, in leicht verständlicher Form gehaltene und doch sachlich sehr fundierte Abhandlung über die österreichischen Parteien, ihre Geschichte und Ideologie herausgegeben worden. Dem Verfasser dieser umfangreichen und schwierigen Arbeit, dem ersten Institutsgeschäftsführer Mag. Paul WINDISCH, ist dafür aufrichtig zu danken.

Der Autor gliedert sein Buch in 4 Abschnitte. Der I. Abschnitt behandelt „das national-liberale Lager“, beschreibt darin die Ideologie des Liberalismus, das national-liberale Lager in der Monarchie, das nationale Lager in der Ersten Republik als Zwingeln an der Waage und das national-liberale Lager in der Zweiten Republik zwischen Wiederbetätigung und Regie-

ungsverantwortung. Eine besondere Darstellung findet der moderne Liberalismus, der „Neoliberalismus“, und die Kritik daran.

Der II. Abschnitt trägt den Titel: „Christlich-Sozial und ÖVP“. Die christliche Soziallehre, ihre Wurzeln, die Sozialenzykliken und apostolische Fundamente und die Prinzipien über die Individual- und Sozialismus der Menschen und die Subsidiarität sowie die soziale Frage leiten den Abschnitt ein. Der Aufstieg der christlich-sozialen Partei Ende des 19. Jahrhunderts bis LUEGER und die Christlich-Sozialen in der Ersten Republik von 1918 bis 1934, ihre Konflikte mit der Heimwehr und der Widerstand gegen den autoritären Kurs sind umfassend belegt und geschildert. Die ÖVP von 1945 bis heute als Regierungspartei und in der Opposition wird sehr objektiv beschrieben und auch das Wahlverhalten in den Bundesländern wird aufgezeigt.

Der III. Abschnitt: „Sozialismus und Kommunismus“ wäre besser mehr getrennt zu behandeln gewesen. Die Ideologien und der Weg waren zu verschieden und die Abkehr des Kommunismus in den ärgsten Krisenzeiten haben wohl nur die Sozialdemokraten und revolutionären Sozialisten selbst mit Erfolg geführt. Von der Monarchie her über die Koalitionen, die Opposition und über die Minderheitsregierung der Sozialisten bis zum Eringen der absoluten Mehrheit wird die sozialistische Politik der kleinen Schritte beschrieben, den Druck von links abschwächend.

Der IV. Abschnitt: „Anhang“ zeichnet die Wahlergebnisse 1945 bis 1979 auf und enthält ein detailliertes Literaturverzeichnis zeitgeschichtlicher Werke von Historikern,

Publizisten und Soziologen verschiedener Grundeinstellung. Der Autor hat sich nicht nur Abhandlungen mit Detailspekten zum Studium vorgenommen, sondern auch die lobenswerte Mühe gegeben, dem politisch interessierten Leser einen leicht faßbaren Einstieg in diese umfangreiche und meist sehr subjektiv betrachtete Materie zu verschaffen und eine noch bestehende Marktlücke damit geschlossen. Viel Vergangenes taucht immer wieder in der Gegenwart auf und wird so verzeit weitergegeben. Je umfangreicher und verschiedener die Unterlagen und Tatsachenschilderungen sind, desto leichter sind sie zu vergleichen und zu erklären! —JW—

## Landesverband Wien

## Kameradschafts- und Gedächtnisfahrt ins Burgenland

Am 25. Mai 1982 legte die ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten Wien anlässlich einer Kameradschafts- und Gedächtnisfahrt ins Burgenland beim Sylvesterdenkmal — Landeshauptmann Sylvester starb am 19. 1. 1939 an den Folgen der Schikanen im Konzentrationslager Dachau — und beim Mahnmal für die Opfer des NS-Regimes am Landhaus in Eisenstadt Kränze nieder.

Worte des Gedenkens sprachen der Bundes- und Landesobmann von Wien, Reg.-Rat Franz Pernauer, und

# Gewerkschaft kein sozialistisches Monopol

Die drittgrößte Fachgewerkschaft im ÖGB mit über 200.000 Mitgliedern, steht unter der Führung christlicher Gewerkschafter. Auf Grund der Personalvertretungswahlergebnisse stellt sie den Vorsitzenden und besetzt die wesentlichen Referate.

Daher auch Ihre Interessenvertretung

Österreichischer Gewerkschaftsbund

**GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST**

1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Telefon 63 96 61

der Landesobmann des Burgenlandes, Oberschulrat Anton Sattler.

Nach dieser Gedenkfeier wurde der Haydnkirche ein Besuch abgestattet. Kamerad OSR Gastlner aus Neusiedl am See verstand es, den Teilnehmern in ausgezeichnete Weise die geschichtliche Entwicklung Eisenstadts und des heutigen Burgenlandes von Haydn bis in unsere Zeit in fesselnder Art zu schildern.

Auf dem Wege nach der Freistadt Rust wurde bei dem durch seine periodisch stattfindenden Passionsspiele bekannten Römersteinbruch haltgemacht. Vor dem gemeinsamen Mittagessen im Ruster Stadtkeller wurde die gotische Fischerkirche besichtigt.

Nach einer kurzen Ruhepause ging die Fahrt über Purbach und das Leithagebirge nach Rohrau, dem Geburtsort des Dichters Joseph Haydn. Den Abschluß bildete ein kameradschaftliches Beisammeln bei einem Heurigen in Göttlesbrunn.

## Dollfuß-Gedenken

Der Landesverband Wien der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten gedachte am Samstag, dem 24. Juli 1982, des während des NS-Putsches am 25. Juli 1934 ermordeten Bundeskanzlers Dr. Engelbert DOLLFUSS.

Im Rahmen einer schlichten Feier, bei der Kam. LOBmStv. Franz Forster Worte des Gedenkens sprach, wurde am Grabe des Verewigten auf dem Hietzinger Friedhof ein Kranz niedergelegt. An der Gedenkfeier nahm auch die Tochter des ermordeten Bundeskanzlers mit ihrer Familie teil.

Am Sonntag, dem 25. Juli 1982, wurde um 9.30 Uhr in der Wiener Votivkirche für Dr. Engelbert Dollfuß ein Gedenkgottesdienst zelebriert. Eine weitere Gedenkmesse wurde am Nachmittag des 25. 7. 1982 in der St. Engelbert-Kirche auf der Hohen Wand gelesen.

## Landesverband Oberösterreich

### Goldenes Priesterjubiläum

Unser Kamerad Hochwürden Kanonikus Johann STEINBOCK, Stadtpfarrer von Steyr, beging am Sonntag, dem 27. Juni 1982, das Fest des 50jährigen Priesterjubiläums.

Kamerad Hochw. STEINBOCK — damals Kooperator in Steyr — war wegen seiner Treue zu Österreich von 1938 bis 1945 im Hitler-Konzentrationslager Dachau inhaftiert.

Kam. STEINBOCK ist eines unserer ältesten und treuesten Mitglieder und stets hilfsbereit, wo und wie er nur kann. In seiner Pfarre und in der gan-

zen Stadt Steyr erfreut er sich größter Beliebtheit.

Wir wünschen ihm zu diesem Festtage und auf seinem weiteren Lebenswege als Seelsorger den Segen des Allmächtigen!

## Landesverband Burgenland

### Altbürgermeister Michael Tschank gestorben

Am 14. Juni 1982 starb in Stotzing im 84. Lebensjahr Altbürgermeister Michael Tschank. Der bis vor wenigen Jahren noch sehr kräftige Mann erlag einer heimtückischen Krankheit. Wegen seiner christlichen und österreichtreuen Gesinnung war Michael Tschank in den letzten Monaten der NS-Herrschaft im KZ Mauthausen inhaftiert. Im Mai 1945 kehrte er heim. Er wurde Bürgermeister seiner Heimatgemeinde und hat in seiner mehr als neunjährigen Amtszeit für die Ortsbevölkerung viel geleistet. Er war Inhaber einer Amtsbescheinigung.

Eine große Menschenmenge gab dem allseits beliebten Verstorbenen am 16. Juni das letzte Geleit. Am offenen Grabe wurden seine Verdienste ge-

## Reg.-Rat Josef Scharnagl — 80 Jahre

Eine der profiliertesten Persönlichkeiten des kulturellen Lebens im Burgenland, Regierungsrat Josef Scharnagl, feierte am 19. Juni 1982 seinen 80. Geburtstag. Er konnte diesen Jubeltag in voller geistiger Frische begehen. Sein unheiliger Geist nahm in diesen acht Jahrzehnten immer wieder den zarten, anfälligen Leib im Fluge mit...

Er wurde 1902 in Wien geboren. Nach Absolvierung der Lehrerbildungsanstalt Wien-Hegelpasse war er ab 1921 Hauslehrer, später im Bankgeschäft tätig. 1925 kam er ins Burgenland, zunächst an die Volksschule Stegersbach und ab 1932 an die dortige Hauptschule. Er stellte sich der Christlichsozialen Partei zur Verfügung und war im Ständestaat Bezirksleiter der Vaterländischen Front. Am 12. März 1938 wurde er von den Nationalsozialisten aus dem Schuldienst entlassen. Ein Stegersbacher Kaufmann bot ihm während der NS-Zeit Verdienstmöglichkeit zur Erhaltung der Familie. Nach dem Wiedererstehen Österreichs 1945 wurde er Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Stegersbach und Schulinspektor für die Bezirke Güssing und Jennerdorf. 1948 berief ihn das Unterrichtsministerium zum Volksbildungsreferenten für das Burgenland. In der Landes-

würdigt. Auch die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten braut um ein treues Mitglied.

## Gedächtnisfahrt 1982

Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten des Burgenlandes veranstaltete am 16. Juni ihre diesjährige Gedächtnisfahrt mit 42 Mitgliedern und Angehörigen. Im Dom zu Wiener Neustadt wurde jener 1000 Häftlinge aus dem KZ Mauthausen gedacht, die während der NS-Zeit in den Flugzeugwerken gearbeitet und gelitten haben. Dann ging die Fahrt nach Maria Schütz zur Besichtigung der barocken Wallfahrtskirche. Über den Semmering, weiter über Mörtzzuschlag durch ein schönes Stück Steiermark wurde Mariazell erreicht. Unser Gast, der Guardian des Franziskanerklosters Eisenstadt, zelebrierte am Hochaltar der Basilika eine Messe für alle verstorbenen kranken und jubelnden Mitglieder der Kameradschaft. Auf der Heimfahrt wurde die Führung durch das Zisterzienserkloster Lilienfeld zu einem eindrucksvollen Erlebnis. Allen Teilnehmern wird die Gedächtnisfeier in bester Erinnerung bleiben.

hauptstadt entwickelte er eine unübersehbare, überaus erfolgreiche kulturelle Tätigkeit und vermittelte als brillanter Redner den Mitmenschen sein profundes Wissen in zahlreichen Vorträgen. Er wirkte nebenberuflich in vielen führenden Funktionen. Er war Landesleiter des Jugendrotkreuzes bis 1970, Vizepräsident des Roten Kreuzes bis 1975, Landesleiter des Volksbildungswerkes bis 1972, Vorstand des Haydnorchs bis 1964, einige Jahre Leiter der Arbeitsgemeinschaft burgenländischer Blasmusikkapellen und 20 Jahre lang Mitglied der Prüfungskommission für Voiko- und Hauptschulen. In der nun 15jährigen Zeit des Ruhestandes schreibt er Abhandlungen für Fachzeitschriften in erforschem Deutsch und übersetzt aus dem Französischen.

Land, Bund und Vereine würdigten die großen Verdienste des Jubilars durch hohe Auszeichnungen. 1975 verlieh ihm das Land Burgenland den Kulturpreis für Erwachsenenbildung.

Möge Regierungsrat Scharnagl noch viele Jahre in guter Gesundheit die Früchte seiner Arbeit genießen können!

Anton SATTLER  
Oberschulrat

## Landesverband Kärnten

## Krim. Obstlt. i. R. Ferdinand PUGANIGG — 80 Jahre!

Krim. Obstlt. i. R. Ferdinand PUGANIGG, der langjährige Obmann der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten — Landesverband Kärnten, und derzeitige Ehrenobmann dieses Verbandes, feierte kürzlich die Vollendung des 80. Lebensjahres. Aus diesem Anlaß fand im Kreise seiner Kameraden eine kleine Feier statt, bei welcher der derzeitige Obmann der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten Kärntens, Wirtl. Hofrat i. R. Dr. Carl SWEGENY, dem Jubilar ein Ehrengeschänk überreichte, seine Verdienste um den Verband würdigte und ihm für seine künftigen Lebensjahre recht viel Glück und Gesundheit wünschte.

Kamerad PUGANIGG ist in der Steiermark geboren und übersiedelte dann

nach Kärnten. Nach kurzer Privatdienstzeit rückte er zum Alpenjägerregiment Nr. 11 in Klagenfurt ein, von wo er sodann in die Staatspolizei übernommen wurde. Hier bekleidete er wichtige Funktionen mit großer Verantwortung. Als aufrechter Österreicher wurde er am 14. März 1938 von den Nazis festgenommen. Nach Haftentlassung erhielt er Gauverweis und durfte nicht zu seiner Familie nach Klagenfurt fahren. Im Jahre 1940 wurde er zum Wehrdienst einberufen und geriet in russische Gefangenschaft, wo er erst im September 1945 entlassen wurde. Seine Verdienste wurden an höchster Stelle mit der Verleihung der Silbernen Verdienstmedaille, dem Ehrenzeichen für die Befreiung Österreichs und der Silbernen österreichischen Verdienstmedaille gewürdigt.

## Gendarmerie-General i. R. Dr. KIMMEL gestorben

Der am 18. Februar 1982 im 85. Lebensjahr nach langer Krankheit verstorbene Kamerad des Landesverbandes Wien der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten verdient einen Nachruf, der seinem Leben und Wirken gerecht wird. Viele von uns sind in Freundschaft mit KIMMEL seit 1931 verbunden gewesen und haben auch die NS-Verfolgung mit ihm geteilt. KIMMEL diente im Ersten Weltkrieg als Freiwilliger, trat 1919 in die Gendarmerie ein und absolvierte das Justizstudium. Die Ausbildung des Gendarmenachwuchses war sein besonderes Anliegen. Er verfaßte Instruktionen für den Dienstgebrauch, kriminaltechnische Abhandlungen und gab mit und nach Univ.-Prof. GAMPP auch Gesetzeskommentare zum Verwaltungs- und Strafrecht heraus. Als 1931 in Wien vom damaligen Vizekanzler Richard SCHMITZ die

„Luwerer-Jungfront“ als geistige Erneuerungsbewegung innerhalb der christlich-sozialen Partei gegründet wurde, war KIMMEL mit dabei. Kurz darauf kam es zur Verschmelzung mit den von Dr. Kurt SCHUSCHNIGG gegründeten „Ostmärkischen Sturm-scharen“. Dr. Josef KIMMEL wurde Reichsführer-Stellvertreter und militärischer Kommandant der Sturm-scharen. Es war auch Mitglied des Staatsrates von 1934 bis 1938. Mit der NS-Herrschaft in Österreich begann auch sein Leidensweg als potentieller Gegner dieses Regimes. Am 13. 3. 1938 wurde KIMMEL in das Polizeigefängnis Wien eingeliefert und kam am 1. 4. 1938 mit dem Prominententransport in das KZ Dachau, in dem er bis zum 12. 3. 1939 schweres Leid ertragen mußte. Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes 1945 trat Dr. KIMMEL wieder

in den Gendarmeriedienst ein, war erst Landes-Gendarmeriekommandant und später Gendarmerie-Zentraltruppenkommandant für ganz Österreich. Er erwarb sich größte Verdienste um die Sicherheit im besetzten Österreich und beim Aufbau der Gendarmerie. Zahlreiche hohe in- und ausländische Orden und Ehrenzeichen bewiesen die Anerkennung seiner Verdienste. Besondere Gemüthsregung bereitete ihm das Befreiungs-Ehrenzeichen.

Seine Kandidatur bei der Bundespräsidentenwahl 1963 war vor der Nominierung des Altbundeskanzlers Ing. Julius RAAB erfolgt, die gar nicht erwartet worden war. So war es dann zur Gegenkandidatur gekommen, die zu Mißverständnissen und Vorwürfen führte. Gewählt wurde schließlich wieder Dr. Adolf SCHARF. Das Begräbnis unseres verdienten und bewährten Kameraden Dr. Josef KIMMEL fand am Montag, dem 1. März 1982, auf dem Wiener Zentralfriedhof statt. Eine große Trauergemeinde, darunter viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, nahm Abschied von ihm. Wir wollen ihm ein treues Gedenken bewahren!

## Pater Maximilian KOLBE — Heiligensprechungsprozeß

P. Maximilian KOLBE wurde am 14. August 1941 im Konzentrationslager Auschwitz mit einer Spritze Phenol exekutiert. Er hatte eine Strafe für einen anderen Häftling auf sich genommen und vor seinem Tod bereits mehr als zwei Wochen im Hungerbunker des Lagers zugebracht. 1971 war die Seligsprechung des Märtyrers und Franziskanerpaters erfolgt. Noch in diesem Jahr soll der Heiligensprechungsprozeß beendet werden und dem Märtyrer der nationalsozialistischen Blutherrschaft die Ehre der Ärtäre zuteil werden!

Alle  
Bankgeschäfte  
Alle Bankgeschäfte

Zentralinstitut des  
Raiffeisen-Geldsektors



**GENOSSENSCHAFTLICHE  
ZENTRALBANK AG**

Zentralen: 1010 Wien, Herrngasse 1, ☎ 63 26 36  
1040 Wien, Schwarzenbergplatz 11, ☎ 65 57 11

Mitglied der IWCÖ Bankgruppe



## Hinweise der Redaktion

### Einsendungen

Die Landesverbände und alle Kameradinnen und Kameraden mögen darauf achten: Berichte über Veranstaltungen des Verbandes und von öffentlichen Stellen, besonders Gedanken und Nachrufe im Todesfall, Schilderungen und vielleicht auch die Belegbarkeit eigener Erlebnisse während der NS-Verfolgung sind sehr erwünscht! Folgende Formalitäten mögen aber eingehalten werden:

- a) Maschinschrift, großer Zeilenabstand, einseitig,
- b) beachtenswerte Zeitungsausschnitte mit Zeitungsnamen und Ausgabedatum,
- c) Redaktionsschluß ist Mitte Februar, Mai, August und November für die jeweils nächste Ausgabe.

### Leserbriefe

Mitglieder und andere Leser können Stellungnahmen im Original zu Veröffentlichungen im „Freiheitskämpfer“ an die Redaktion senden. Der Absender muß der Redaktion zumindest namentlich bekannt sein, kann aber auf ausdrücklichen Wunsch geheim bleiben. Der Inhalt des Leserbriefes muß aber vom Herausgeber mitverantwortet werden können und darf auch nicht im Widerspruch mit unseren Statuten stehen. Das Recht auf Veröffentlichung

ist nicht zwingend, eine sinnvolle Kürzung oder eine Zurückbehaltung für eine spätere Ausgabe bleiben der Redaktion vorbehalten. Das Mediengesetz verlangt eine solche Klarstellung!

### Unentgeltlichkeit

Für die Mitarbeit in der Redaktion, für Einsendungen und für Leserbriefe können keine Honorare und sonstige Vergütungen bezahlt werden! Besondere Hilfskräfte für umständliche Neufassungen der Texte und zur Herstellung einer druckfähigen Unterlage stehen der Redaktion nicht zur Verfügung! Dies verdient immer Berücksichtigung!

### Autorenliste

Die Mitarbeiter der Redaktion bei einer Ausgabe werden gemeinsam angeführt. Die Einzelzeichnung der Autoren erfolgt auf Wunsch und auch bei der Nichtzitation der Quellen eines Artikelinhaltes.

### Aufgaben unseres Verbandes

Das Kuratorium und die Landesverbände der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten (ÖVP-K) haben nach den Statuten folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Festigung und Pflege der in gemein-

sam ertragenem Leid, in gemeinsam erduldeter Verfolgung und Schädigung, also in Schicksalsgemeinschaft wuzelnder Kameradschaft ihrer Mitglieder im Geiste des Solidarismus; Pflege der pietätvollen Erinnerung an die Kameraden, die für Österreich ihr Leben hingegeben haben; Kampf für Freiheit und Demokratie, Menschenrecht und Menschenwürde sowie Kampf gegen jede Diktatur und gegen Rassenhaß.

2. Nachdrückliche Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder, fußend auf dem Opferfürsorgegesetz und sonstigen einschlägigen Gesetzen, gegenüber Ämtern, Behörden und wirtschaftlichen Organisationen.
3. Eintreten für Wiedergutmachung erlittenen politischen und wirtschaftlichen Unrechtes.
4. Einflußnahme auf legislative Maßnahmen zugunsten der Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich.
5. Maßnahmen zwecks Entsendung von Interessenvertretern der ÖVP-K in allgemeine und fachliche, öffentlich-rechtliche Vertretungskörperschaften.
6. Direkte und Vermittlungsfürsorge für unterstützungs- und förderungsbedürftige Mitglieder nach Maßgabe von Mitteln und Möglichkeiten.
7. Organisation und Abtassung beweiskräftiger Tatsachenberichte so-

### Ihr Vitamin-Hit: SANDDORN-Jogurrella

Köstliches Joghurt mit heimischen, wilden Sanddornfrüchten, reich an Vitamin C. Gibt Lebensfreude und Gesundheit.

Von Schärldinger —

aus der

Molkerei-  
genossenschaft  
Geinberg/Innviertel



FABRIK ELEKTROTECHNISCHER  
APPARATE

# Friedrich Wolf KOMM.-GES.

Wien 14, Lützowgasse 3—5  
Telefon 94 41 07 und 94 41 08

## INSERATE

bringen  
Erfolg!

wie Beistellung von Akten, Dokumenten und sonstigen stichhaltigen Unterlagen, die geeignet sind, den großen Anteil Österreichs am Befreiungskampf Europas unwiderleglich zu erweisen.

8. Aufnahme von Beziehungen mit ähnlich gearteten Auslandsverbänden, um einen freundschaftlichen Gedankenaustausch zugunsten Österreichs herbeizuführen und zu vertiefen.

die Reiselteilnehmer am gemeinsamen Tisch: Landesobmann Hofrat Dr. MOHR sprach dabei der Reiseleitung, Herrn v. Hofrat Dr. KERNER und seinem Mitarbeiter Prof. WIESINGER, den Dank für die umsichtige Betreuung der Reisegruppe aus. Namens der Teilnehmer dankte Vizepräsident Notar Dr. KUGLER mit herzlichen Worten für diese wohlgeplante Frühjahrsfahrt.

Rudolf GÖPFRICH  
Oberschulrat

## Frühjahrsreise des nö. Landesverbandes

### Vom Traunsee ins Burgenland

Wieder bildete sich innerhalb der Mitglieder der nö. Kameradschaft und ihrer Angehörigen eine stärkere Reisegruppe, die im Rahmen einer Erholungs- und gemeinsame Erinnerungen aufzufrischen und neue Eindrücke gewinnen wollte. Ziel der Exkursion waren Gebiete, die eher abseits der großen Fremdenverkehrsrouten liegen, was sich als recht lohnend erweisen sollte.

Nur einzelne Stationen der Fahrt können hier erwähnt werden. Ihr Ausgangspunkt war die Stadt Waidhofen an der Ybbs, ein noch viel zu wenig bekanntes österreichisches Juwel. Auf zwei Marktplätzen und in engen, winkligen Gassen drängen sich kleine, aber gepflegte Häuser, noch im Bausatz der Gotik, dicht aneinander, um gemeinsamen Schutz innerhalb der Stadtmauern zu finden.

Den Worten des örtlichen Fremdenführers war unter anderem zu entnehmen, daß es um die Wende zur Neuzeit nicht weniger als 350 Schmiedewerkstätten in der Stadt gab und daß es Waidhofener Schmiedemeister und -gesellen waren, die die Kunst der Eisenbearbeitung bis nach Solingen ins Rheinland brachten und dort weiterentwickelten.

Auf der Weiterfahrt durch das Ennstal berichtete Landesschulinspektor Hofrat KÄFER über die Rolle, die dem Ennstal und seinen Bewohnern im alter Zeit zukam, als es darum ging, im 10. Jahrhundert dem Vordringen der Magyaren und im 16. Jahrhundert der Expansion der Türken Einhalt zu gebieten. Beim Besuch des Stiftes Kremsmünster konnten die Reisenden den berühmten Tassilo-Kelch und die Stiftsbibliothek bewundern. Genächtigt wurde dann in Traunkirchen.

Der nächste Vormittag war dem Besuch des Museums in Hallstatt gewid-

met. Daß es der Name dieser Gemeinde war, der der ganzen geschichtlichen Epoche ihren Namen gab, läßt die Höhe der österreichischen Urgeschichtsforschung erkennen. Die zweite Nacht verbrachte die Reisegruppe in Graz. Herzlich war die Begegnung mit den Kameraden der steirischen Landesleitung, die es sich nicht nehmen ließen, die Niederösterreicher auf ein Glas guten heimischen Weines einzuladen. Wegen Verbindung des Landesobmannes Bundesrat PUMPERNIK begrüßte Oberstudienrat Dr. WENKO die Besucher aus dem nördlichen Nachbarland. Eine Stadtrundfahrt, in Begleitung einer wohlinformierten Fremdenführerin, der Besuch einiger historischer Gebäude und ein Rundgang durch das Schloß Eggenberg nahmen den Vormittag in Anspruch.

Die Reise führte weiter über die „Steirische Weinstraße“ und die Grenzstadt Radkersburg nach Schloß Kapfenstein bei Bad Gleichenberg in Richtung Fürstenfeld. Genächtigt wurde im neuen Kurhotel von Lohrsdorf, einem Badeort, dem zweifellos noch eine große Zukunft bevorsteht.

Der Vormittag des vierten und letzten Reisetages war wieder geschichtlichen Erinnerungen gewidmet. Hofrat KÄFER berichtete am Kirchenhügel von Mogensdorf bei St. Gotthart an Hand von Kopien alter Schlachtpläne über den Sieg des Befehlshabers Graf Montecuccoli und der kaiserlichen Truppen gegen die türkischen Eindringlinge im Jahre 1664. Diese Geschichtsstunde im Freien wird allen, die daran teilnahmen, unvergänglich bleiben.

Nach einem Besuch des Schlosses Bernstein im Bezirk Oberwart ging die Reise in Wiener Neustadt im Hotel Corvinus zu Ende. Noch einmal saßen

## Jubilare

In diesen Wochen feiern bzw. feierten folgende Kameradinnen und Kameraden „runde“ Geburtstage. Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und die Redaktion des FREIHEITSKÄMPFERS gratulieren herzlichst:

### Landesverband Burgenland:

- 55 Jahre: Eduard GRILL (23. 5.)
- 60 Jahre: Rosalia SZALAY (2. 8.)
- 65 Jahre: Anton GSTETTNER, VS-Dir. i. R. (1. 6.)
- 70 Jahre: Gertrude POSCH (24. 7.)
- 80 Jahre: Josef SCHARNAGL, Reg.-Rat (19. 6.)
- 80 Jahre: Alfons HOLZGETHAN, VS-Dir. i. R. (10. 10.)

### Landesverband Wien:

- 60 Jahre: Mag. Dr. Josef WINDISCH, OR (12. 8.)
- 75 Jahre: Dr. Walter REICHER, Ing. (30. 7.)
- 80 Jahre: Dr. Christian RADAY, w. HR (1. 9.)
- 85 Jahre: Barbara HORAK (20. 9.)
- 85 Jahre: Hedwig KRIS (24. 8.)
- 85 Jahre: Leopoldine MIREK (28. 7.)

## Unsere Toten

### Landesverband Wien:

Am 11. 7. 1982 starb im Alter von 69 Jahren Frau Auguste KITTEL, die Witwe des im Jahre 1975 von uns gegangenen verdienstvollen Wiener Funktionärs und zeitweiligen langjährigen Chefredakteurs des FREIHEITSKÄMPFERS, Komm.-Rat Franz Kittel. Frau Kittel wurde am 19. 7. 1982 auf dem Ottakringer Friedhof beigesetzt.

R. I. P.

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt: OSR Rudolf GÖPFRICH, Dir. Franz HAUF, Camillo HEGER, Reg.-Rat Franz PERNAUER, Dir. Ing. Karl SERSCHEN, OSR Anton SÄTTLER, w. HR i. R. Dr. Carl SWECENY, Hanna TELTSCHER, ORat Mag. Dr. Josef WINDISCH!

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten; Redaktion: Obernat Mag. Dr. Josef WINDISCH, Verlags- und Erscheinungsort: Wien, Sitz des Medieninhabers und Herausgebers, der Redaktion und der Verwaltung: Laudongasse 16, 1080 Wien. Hersteller: Typographische Anstalt J. Kune Ges. m. b. H., Witzelsberggasse 26—28, 1152 Wien.